

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 10

Titelseiten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

10. HEFT

JUNI 1928

VII. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Die Getreidemonopolfrage in Norwegen.

Von Johannes Bergerson, Storthingsabgeordneter in Oslo.

Die Frage des Einfuhrmonopols für Getreide und Mehl wurde, wie bekannt, in Norwegen während des Weltkrieges zur Diskussion gestellt und zur Durchführung gebracht, um dem Lande das nötige Brotgetreide zu sichern. Es erwies sich nämlich, daß die Privatinitiative versagte, als die Gefahr bestand, daß die Zufuhr vom Auslande aufhören würde.

Die Maßnahmen, die neben dem Monopol durchgeführt wurden, sollten dem Zwecke dienen, der einheimischen Getreideproduktion zu helfen. Diese Maßnahmen bestanden unter anderem in der Kaufspflicht des Staates für in Norwegen produziertes Korn, das zum Verkauf angeboten wurde, zu einem gewissen höhern Preis und in einem Frachtausgleich.

Es waren die linken Parteien, die bürgerlichen Linken und die Sozialdemokraten, die gemeinsam für die Durchführung des Monopols eintraten. Die konservative Partei und die Bauernpartei standen geeinigt dagegen.

Der Widerstand der Konservativen war in der Haltung der Partei allem gegenüber, was nach Staatsbetrieb und Monopol riecht, begründet. Nach der Meinung dieser Partei soll alle wirtschaftliche Tätigkeit den Privaten vorbehalten sein. Hinter der Partei standen die ganze Zeit die privaten Getreideimporteure und die Mehlgroßhändler, die in ihrer Wut darüber, daß sie der Möglichkeit, auf Kosten der Verbraucher zu profitieren, beraubt worden waren, alles getan haben, um das Monopol in Mißkredit zu bringen.

Die Bauernpartei war nie imstande, die Frage des Monopols objektiv zu betrachten. Diese Partei hat sich nie von der Auffassung befreien können, daß die Getreidefrage im Sinne eines Mittels zur Hilfe für den norwegischen Bauernstand behandelt werden soll. Die Leute der Bauernpartei haben, mit andern Worten, nie den Unterschied sehen können oder wollen zwischen den beiden Zwecken: „Aufhilfe der Getreideproduktion“ und „Hilfe für die Bauern“, was für alle andern sofort in die Augen fällt, wenn man weiß, daß zumindest drei Viertel der norwegischen